



15. November 2019

Mit diesen Hauptstadtinfos berichten die beiden nordhessischen Bundestagsabgeordneten für Waldeck-Frankenberg, Kassel-Land und Schwalm-Eder, Esther Dilcher und Dr. Edgar Franke, von den Sitzungswochen des Deutschen Bundestages in Berlin.

Inhalt:

- **Die Woche im Deutschen Bundestag**
 - **Die Grundrente kommt**
 - **Große Koalition entlastet Betriebsrentner**
 - **Der Soli wird abgeschafft**
 - **Zur Abwahl des Ausschussvorsitzenden im Rechtsausschuss**
 - **Masern zurückdrängen**
 - **Mehr Geld für Mehrgenerationenhäuser**
- **Zum Bundesverfassungsgerichtsurteil über Hartz-4-Sanktionen**
- **Bundesförderprogramm „Gemeinsam gegen Gewalt an Frauen“**
- **Bilder der Woche**

Die Woche im Deutschen Bundestag

Die Grundrente kommt!

SPD
Fraktion im
Bundestag

Die Grundrente kommt

Die Grundrente kommt ohne Bedürftigkeitsprüfung. Lebensleistung wird in der Rentenversicherung und nicht in der Fürsorgeleistung honoriert.

Bis zu 1,5 Millionen Menschen, die viele Jahre gearbeitet, Kinder erzogen oder Angehörige gepflegt haben, aber im Arbeitsleben zu niedrige Löhne hatten, haben ab Januar 2021 den Anspruch auf die Grundrente. Das ist eine Frage der Anerkennung von Lebensleistung, von der vor allem Frauen und viele Ostdeutsche profitieren. Der Kompromiss sieht eine

unbürokratische Einkommensprüfung mit Freibeträgen vor. Wichtig ist uns: Niemand muss einen Antrag stellen, niemand muss als Bittsteller zum Amt. Die Grundrente ist ein sozialpolitischer Meilenstein.

Die Grundrente funktioniert so: Die Rente wird um einen Zuschlag erhöht, wenn die Versicherten mindestens 35 Jahre „Grundrentenzeiten“ vorweisen können – das sind Pflichtbeitragszeiten vor allem aus Beschäftigung, Kindererziehung und Pfl egetätigkeit. Voraussetzung ist außerdem, dass der Durchschnittswert der Entgeltpunkte aus so genannten „Grundrentenbewertungszeiten“ des gesamten Versicherungslebens unter 80 Prozent des Durchschnittsverdienstes liegt. Es soll außerdem einen Übergangsbereich geben für diejenigen Rentnerinnen und Rentnern, die knapp unter 35 Jahre gearbeitet und Beiträge gezahlt haben.

Nach dem großen politischen Erfolg: Esther Dilcher und Edgar Franke mit Bundesminister Hubertus Heil.





Beispiele von Erwerbsbiographien

Friseurin: Eine Friseurin, die 40 Jahre auf dem Niveau von 40 % des Durchschnittslohns voll gearbeitet hat, kommt derzeit auf eine monatliche Rente von 528,80 Euro. Mit der Grundrente bekommt sie über 400 Euro mehr und damit eine Monatsrente von 933,66 Euro.

Hilfsarbeiter (z.T. Teilzeit): Andreas, Hilfsarbeiter aus Duisburg, hat keinen Schulabschluss. Er hat sein Leben lang als gearbeitet. Er hat 20 Jahre lang 38,5 Wochenstunden und später aus gesundheitlichen Gründen 15

Jahre lang 25 Wochenstunden auf Niveau des Mindestlohns gearbeitet. Heute bekommt er eine Rente von 463 Euro brutto. Bisher stockt er mit der Grundversicherung im Alter auf. Mit der Grundrente muss er das nicht mehr. Seine geringen Ersparnisse muss er nun auch nicht mehr offenlegen. Mit der Grundrente bekommt er 868 Euro - rund 405 Euro zusätzlich. Andreas verfügt noch über Mieteinnahmen von mtl. 300 Euro. Zusammen mit der Rente (brutto) liegt das zu versteuernde Einkommen unter dem Freibetrag von 1.250 Euro. Somit findet keine Einkommensanrechnung auf den Grundrentenzuschlag statt.



Bauingenieurin aus Leipzig: Cathrin ist Bauingenieurin. Sie hat bis zur Wende gut verdient. Dann jedoch ging die Firma insolvent und Cathrin war ein paar Jahre arbeitslos, bis sie als Angestellte in unterschiedlichen Bereichen wieder Arbeit fand - allerdings unterhalb ihrer Qualifikation. Mit dem Verdienst kam sie zwar einigermaßen zurecht, doch beläuft sich ihre Altersrente nur auf 746 Euro (brutto). Da sie insgesamt auf über 35 Beitragsjahre in der gesetzlichen Rentenversicherung kommt, hat sie eine Gesamtrente in Höhe von 941 Euro.



Große Koalition entlastet Betriebsrentner

Wer gesetzlich krankenversichert ist und eine Betriebsrente erhält, zahlt künftig weniger Beiträge. Ab dem 1. Januar 2020 sollen sie durchschnittlich um 300 Euro jährlich entlastet werden.



Bisher müssen Rentner, die monatlich eine Betriebsrente von über 155,75 Euro bekommen, auf die volle Summe Krankenversicherungsbeiträge zahlen. Künftig wird die geltende Freigrenze in einen dynamisierten Freibetrag umgewandelt, ab 2020 zunächst in Höhe von 159,25 Euro. Dies bedeutet, dieser Freibetrag bleibt für alle Betriebsrenten frei von Krankenversicherungsbeiträgen. Wer eine Betriebsrente bekommt, wird im Jahr 2020 um rund 300 Euro entlastet. Die Betriebsrente und auch die Direktversicherungen bleiben somit in dieser Höhe beitragsfrei. Damit müssen etwa 60 Prozent der Betriebsrentner nur noch den halben Beitragssatz zahlen, die anderen 40 Prozent werden zumindest teilweise entlastet. Für die **Direktversicherung** sind es sogar mindestens 270 Euro pro Jahr für jeden Rentner mehr. Die Regelung gilt im Übrigen auch für Einmalzahlungen aus Direktversicherungen. Hier werden die Krankenkassenbeiträge, die ja auf zehn Jahre berechnet werden, durch den Freibetrag künftig um rund 3.000 Euro gesenkt. Damit hat die SPD Wort gehalten, die sogenannte Doppelverbeitragung wieder abzuschaffen.



Der Soli wird abgeschafft

Wohlstand für viele, nicht nur Reichtum für wenige! Das stärkt auch den Zusammenhalt in unserem Land. Darum schaffen wir den Soli ab – für 90 Prozent der Steuerzahlerinnen und Steuerzahler. So wird z.B. eine vierköpfige Familie ab 2021 bis zu einem Bruttojahreslohn von 150.000 Euro vom Soli befreit sein. Die reichsten zehn Prozent zahlen ihn aber weiter – in voller Höhe sogar nur die 3,5 Prozent der Superreichen. Sie sollen weiter ihren Beitrag leisten, damit wir in die Zukunft aller investieren können.

Masern zurückdrängen

Masern gehören zu den ansteckendsten Infektionskrankheiten des Menschen. Im Jahr 2018 kam es weltweit zu einer Verdoppelung der Masernfallzahlen. Bis Ende Mai wurden dem Robert-Koch-Institut bereits 420 Masernfälle in Deutschland für das Jahr 2019 gemeldet. Dabei stehen zur Prävention gut verträgliche hochwirksame Impfstoffe zur Verfügung, die eine langfristige Immunität vermitteln.



Um die Anzahl der Masernfälle langfristig zu reduzieren, haben wir das Gesetz für den Schutz vor Masern und zur Stärkung der Impfprävention beschlossen. Das Gesetz sieht vor, dass künftig Kinder und Mitarbeiter und Mitarbeiterinnen in Kitas und Schulen, Personal in medizinischen Einrichtungen und auch Menschen in sogenannten Gemeinschaftseinrichtungen geimpft sein müssen. Es tritt am 1. März 2020 in Kraft.

Zur Abwahl des Ausschussvorsitzenden im Rechtsausschuss

Mit der Abwahl des AfD-Politikers Stephan Brandner als Vorsitzenden des Rechtsausschusses haben die Abgeordneten im Rechtsausschuss konsequent ihre Rechte wahrgenommen.

„Brandner trägt mit seinem Handeln der letzten Wochen ganz alleine die Verantwortung für seine Abwahl. In seinen menschenverachtenden Tweets hat er sämtliche rote Linien überschritten - das Maß war voll“, erklärt das Mitglied im Rechtsausschuss, **Esther Dilcher**.

Bereits in der letzten Sitzungswoche des Deutschen Bundestages haben die Ausschussmitglieder im Rechtsausschuss Brandner die Befähigung zum Vorsitzenden abgesprochen und ihn für seine verbalen Attacken kritisiert. Brandner ließ weder Einsicht noch Veränderung seines Verhaltens erkennen.

„Mit der Übernahme der Funktion des Rechtsausschussvorsitzenden geht eine besondere Verantwortung einher“, erläutert Ester Dilcher. „Ein Vorsitzender hat den Ausschuss unparteiisch zu leiten und muss diesen auch nach außen vertreten können. Dafür ist es

unerlässlich, dass ein Ausschussvorsitzender den Bürgerinnen und Bürgern und Vertreterinnen und Vertretern des öffentlichen Lebens respektvoll begegnet. Mit seiner Hetze gegen Juden, Muslime und politisch Andersdenkenden hat Herr Brandner Gesprächsbrücken zerstört und damit letztlich auch seine Voraussetzung den Rechtsausschuss zu leiten. Zudem hat er wichtige Partner in der Rechtspolitik und in der Gesellschaft, wie den Deutschen Anwaltsverein, unsachlich attackiert und die Zusammenarbeit mit dem Ausschuss dadurch belastet.“

Mehr Geld für Mehrgenerationenhäuser

In einer sogenannten Bereinigungssitzung des Haushaltsausschusses wurde beschlossen, die Finanzmittel für die bundesweit 540 Mehrgenerationenhäuser aufzustocken. Davon profitieren auch das Mehrgenerationenhaus in Bad Wildungen und das Mehrgenerationenhaus Bahnhof Hümme.

Dazu erklärt Esther Dilcher: „Der Einsatz im Haushaltsausschuss hat sich gelohnt. Die Mehrgenerationenhäuser sind eine wichtige Anlaufstelle und bieten vielfältige Möglichkeiten, um sich zivilgesellschaftlich zu engagieren. Dass den Häusern nunmehr eine Mittelaufstockung von 10.000 € pro Jahr zugutekommt, freut mich sehr. Ein besonderer Dank gilt meiner Kollegin



Svenja Stadler (im Bild rechts). Sie ist für die SPD-Bundestagsfraktion die zuständige Berichterstatterin für die Mehrgenerationenhäuser im Bundeshaushalt und hat sich in den Beratungen für die Mittelaufstockung stark gemacht.“

Die Sanierung der Altstädter Kirche in Hofgeismar kann kommen

In der Bereinigungssitzung des Haushaltsausschusses wurden auch die notwendigen finanziellen Mittel zur Sanierung der Altstädter Kirche in Hofgeismar beschlossen. Dazu erklärt Esther Dilcher: „Ich bin wirklich sehr froh, dass sich der Einsatz von meinem SPD-Kollegen Johannes Kahrs und mir im Haushaltsausschuss gelohnt hat. **1,5 Mio. €** kommen der Sanierung der ältesten Kirche in Hofgeismar zugute.“

Zum Bundesverfassungsgerichtsurteil über Hartz-4-Sanktionen

Das Bundesverfassungsgericht hat geurteilt, dass das Sanktionsrecht für Hartz-IV-Empfänger mit dem Grundgesetz vereinbar ist, um Empfänger zur Mitarbeit bei der Jobsuche zu bewegen. Jedoch seien die pauschale Dauer einzelner Kürzungen von drei Monaten, Kürzungen von bis zu 100 Prozent, oder die mögliche Streichung der Miete nach der Entscheidung nicht verfassungsgemäß.



Der Gesetzgeber muss nun die Regelungen ändern und die schärfsten Strafen abschwächen. Bundesarbeitsminister Hubertus Heil kündigte an, das Urteil schnell umzusetzen: "Wir haben Rechtssicherheit, das schafft gesellschaftlichen Frieden." Gleichzeitig gebe es den klaren Auftrag, den Sozialstaat weiterzuentwickeln. Er gehe weiterhin davon aus, dass das Urteil auch auf die besonders scharfen Sanktionen für junge Arbeitslose unter 25 Jahren Auswirkungen haben werde.

Bundesförderprogramm „Gemeinsam gegen Gewalt an Frauen“



Jede von Gewalt betroffene Frau sollte Schutz finden und Beratung erhalten. Wie im Koalitionsvertrag vereinbart, wird ein Aktionsprogramm zur Prävention und Unterstützung von Gewalt betroffener Frauen und ihren Kindern aufgelegt. Ein wesentlicher Baustein dazu ist das Bundesförderprogramm „Gemeinsam gegen Gewalt an Frauen“, das von der Bundesministerin für Familie, Senioren, Frauen und Jugend, Franziska Giffey, unterstützt und begleitet wird.

Frauen und Jugend, Franziska Giffey, unterstützt und begleitet wird.

Am 25. November startet die bundesweite Kampagne mit einer Mitmachaktion, um die die gesamte Gesellschaft für dieses Thema zu sensibilisieren. Esther Dilcher hat daran teilgenommen, um ein wichtiges Zeichen ihrer Solidarität mit betroffenen Frauen und ein Signal an unsere Gesellschaft zu setzen. Unter **#schweigenbrechen** werden die Bilder verbreitet. Wollen auch Sie ihr Gesicht zeigen? Infos finden Sie unter www.hilfetelefon.de/kampagnen-aktionen/schweigen-brechen.html

Bilder der Woche

SPD-Generalsekretär Lars Klingbeil zu Gast bei der Landesgruppe Hessen der SPD-Bundestagsfraktion in der Hessischen Landesvertretung.



Rundgang auf dem Martini Markt in der hessischen Landesvertretung

Die Hessische Landesvertretung in Berlin lud erstmals zum Martini-Markt ein. Erinnerung soll damit an Sankt Martin, der nicht nur seinen Mantel

mit Armen teilte. Mit schönen Marktständen rund um Hessen soll die Martinsbotschaft lebendig gehalten werden und daran erinnern, dass Teilen Spaß macht.

Bild (von links): Esther Dilcher mit **Jens Zimmermann**, **Martin Rabanus** und ganz rechts **Bettina Müller**.



SPD ORDENTLICHER BUNDESPARTEITAG

CITYCUBE | BERLIN | VOM 06. BIS 08. DEZEMBER 2019

Die formelle Entscheidung für eine Doppelspitze sowie die Wahl für den Parteivorsitz finden auf dem SPD-Parteitag vom 6. bis 8. Dezember 2019 in Berlin statt und sollen dem Ergebnis der Mitgliederbefragung entsprechen.

Die Kandidaten für die Wahl zu den Parteivorsitzenden erhielten auf 23 Regionalkonferenzen die Möglichkeit, sich parteiintern vorzustellen. Daraufhin erfolgte eine Mitgliederbefragung vom 14. Oktober bis zum 25. Oktober 2019. Die Abstimmung fand online und per Briefwahl durch alle SPD-Mitglieder, die bis zum 16. September 2019 Mitglied geworden waren, statt. Bei der ersten Abstimmung hat kein Team die absolute Mehrheit erreicht. **Deshalb findet zwischen den Teams Saskia Esken & Norbert Walter-Borjans sowie Klara Geywitz & Olaf Scholz vom 19. bis 29. November eine zweite Abstimmung statt.**

So erreichen Sie uns:

Esther Dilcher, MdB

Platz der Republik 1
11011 Berlin
Tel.: 030-227-75113
esther.dilcher@bundestag.de

Wahlkreisbüro:

Briloner Landstr. 27
34497 Korbach
Tel.: 05631-974712
www.estherdilcher.de

Dr. Edgar Franke, MdB

Platz der Republik 1
11011 Berlin
Tel.: 030-227-73319
edgar.franke@bundestag.de

Wahlkreisbüros:

Bahnhofstr. 36c
34582 Borken
Tel.: 05682-739729

Obermarkt 5

35066 Frankenberg
Telefon 06451 717950
www.edgarfranke.de

Wer sich bereits für die 1. Online-Abstimmung registriert hatte, musste sich für die 2. Abstimmung nicht erneut registrieren. Wer nicht online abstimmen möchte, kann auch per Brief abstimmen. Sie bekommen dann die Unterlagen per Post zugesandt, diesmal auch mit einem Freiumschlag für die kostenlose Rücksendung des Stimmzettels.

Eine Information der Bundestagsabgeordneten Esther Dilcher und Dr. Edgar Franke. Die Infos sind bewusst kurz gehalten, um Euch einen schnellen Überblick zu geben. Falls Ihr vertiefende Auskünfte zu bestimmten Themen wünscht, meldet Euch einfach.

Bilder: Seiten 2 oben, 3 und 4 unten SPD-Bundestagsfraktion, Seite 3 Bild von Pete Linforth auf [pixabay.com](#), Seite 4 Bild von [Wilfried Pohnke](#) auf [Pixabay](#) sowie Seite 5 Bild von [Angelo Esslinger](#) auf [Pixabay](#), Seiten 2 oben und Seite 8 zwei obere Bilder Edgar Franke, Seite 6 und Seite 8 unten Esther Dilcher, Seite 7 [www.bmas.de](#).

V.i.S.d.P.: Dr. Edgar Franke, MdB, Platz der Republik 1, 11011 Berlin.